Bereinigte Fassung

H a u p t s a t z u n g der Stadt Neustadt an der Weinstraße Vom 14. Mai 1974

Der Stadtrat der Stadt Neustadt an der Weinstraße hat aufgrund der §§ 24 und 25 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419) sowie des § 2 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in seiner öffentlichen Sitzung vom 26. April 1974 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister ist hauptamtlich tätig.

§ 2 Zahl und Stellung der Beigeordneten

- (1) Die Zahl der Beigeordneten beträgt drei. Diese sind hauptamtlich tätig.
- (2) Für die Verwaltung der Stadt Neustadt an der Weinstraße werden vier Geschäftsbereiche gebildet.

§ 2 a Ältestenrat

Die Stadt Neustadt an der Weinstraße bildet einen Ältestenrat. Näheres wird durch die Geschäftsordnung des Stadtrates bestimmt.

§ 3

Folgende Ortsbezirke bestehen nach den alten Gemeindegrenzen fort:

Neustadt an der Weinstraße - Diedesfeld
Neustadt an der Weinstraße - Duttweiler
Neustadt an der Weinstraße - Geinsheim
Neustadt an der Weinstraße - Gimmeldingen
Neustadt an der Weinstraße - Haardt
Neustadt an der Weinstraße - Hambach
Neustadt an der Weinstraße - Königsbach
Neustadt an der Weinstraße - Lachen-Speyerdorf
Neustadt an der Weinstraße – Mußbach

§ 4 Ortsbeiräte

(1) Die Zahl der Mitglieder des Ortsbeirates beträgt in den Ortsbezirken

Neustadt an der Weinstraße – Diedesfeld	11,
Neustadt an der Weinstraße – Duttweiler	9,
Neustadt an der Weinstraße – Geinsheim	11,
Neustadt an der Weinstraße – Gimmeldingen	13,
Neustadt an der Weinstraße – Haardt	13,
Neustadt an der Weinstraße – Hambach	15,
Neustadt an der Weinstraße – Königsbach	9,
Neustadt an der Weinstraße - Lachen-Speyerdorf	15,
Neustadt an der Weinstraße – Mußbach	15.

(2) Den Ortsbeiräten obliegt innerhalb ihrer Ortsbezirke:

- a) die Vorberatung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen nach §§ 34 und 35 BauGB in den wesentlichen Verfahrensschritten (Aufstellungsbeschluss, Einleitung Offenlage, Satzungsbeschluss) sowie die Vorberatung von Verkehrsplänen, Landschaftsplänen, Sportstättenleitplänen und Fremdenverkehrsplänen,
- b) die Planung von Kinderspielplätzen und Ruhezeiten sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für die Entwicklung und Verschönerung des Ortsbereiches,
- c) die Gestaltung öffentlicher Veranstaltungen und die Durchführung touristischer Werbeveranstaltungen in Verbindung mit Trägern des Fremdenverkehrs (z. B. TKS, Vereine, Winzer, Hotels usw.),
- d) die Zulassung von Schaustellern zu Kirchweihen und anderen Volksfesten, Anträge zu Verkehrsregelungen und zur Regelung der Polizeistunden aus Anlass solcher Veranstaltungen,
- e) die Verwaltung der Bücherei, soweit vorhanden,
- f) die Gestaltung der Friedhöfe unter Mitwirkung der Stadtverwaltung,
- g) die Benennung von Straßen, Wegen und öffentlichen Plätzen,
- h) die Festlegung der Prioritäten der Arbeiten zum Aus- und Umbau sowie zur Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen und Gewässern, soweit es sich nicht um Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit handelt,
- i) die eigenverantwortliche Vermietung von Festhallen, soweit vorhanden,
- j) die Information, Dokumentation und Repräsentation in Angelegenheiten des Ortsbezirks,
- k) die Betreuung und Unterstützung der örtlichen Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen,
- l) die Heimat- und Brauchtumpflege,
- m) die Pflege von Partner- und Patenschaften,
- n) die Vorberatung von Neubauvorhaben nach § 35 BauGB sowie nach § 34 BauGB, sofern das Vorhaben im Bereich einer gültigen Ortsbildsatzung liegt oder mehr als 2 Vollgeschosse bzw. 5 Wohneinheiten aufweist (wobei mehrere Neubaumaßnahmen auf einem oder benachbarten Grundstücken zusammenzurechnen sind).

- (3) Die Ortsbeiräte besitzen ein Mitspracherecht bei Vermietungen und Verpachtungen städtischer Liegenschaften im Ortsbezirk.
- (4) Die Ortsbeiräte sind in allen wichtigen Fragen, die den Ortsbezirk unmittelbar berühren, vor der Beschlussfassung des Stadtrates bzw. eines sonstigen Gremiums zu hören. Dies gilt insbesondere bei der Einführung bzw. Veränderung von verkehrsregelnden Maßnahmen im Bereich des Ortsbezirks sowie vor dem Kauf bzw. Verkauf von Liegenschaften.
- (5) Bei Streitigkeiten von Ortsbeiräten untereinander oder zwischen Ortsbeiräten und anderen Ausschüssen bzw. der Verwaltung über Zuständigkeiten im Einzelfall entscheidet der Hauptausschuss.
- (6) Die Ortsbeiräte erfüllen die ihnen zugewiesenen Aufgaben im Rahmen der vom Stadtrat bereitgestellten Haushaltsmittel.

§ 5 Ortsvorsteherinnen / Ortsvorsteher

- (1) Die Ortsvorsteherinnen / Ortsvorsteher erhalten Verfügungsmittel für Kleinreparaturen und Repräsentationsaufwendungen nach Maßgabe des städtischen Haushaltes.
- (2) Sie sind von der Verwaltung bei größeren Maßnahmen (z. B. Bauvorhaben, Straßenaufbrüche, Straßensperrungen usw.) zu informieren.

§ 6 Aufwandsentschädigung der Ortsvorsteher

Die Ortsvorsteher/innen erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 65 v. H. des zulässigen Monatsbetrages nach § 12 der EntschädigungsVO - Gemeinden in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Wird der Ortsvorsteher / die Ortsvorsteherin innerhalb eines Monats länger als 3 Tage vertreten, wird für die Zeit der Vertretung eine Aufwandsentschädigung bis zu der nach Satz 1 zulässigen Höhe gewährt.

§ 7 Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder, Mitglieder von Ausschüssen, von Ortsbeiräten und allen anderen Beiräten

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten als Aufwandsentschädigung zur Abgeltung der mit der Wahrnehmung ihres Ehrenamtes verbundenen notwendigen baren Auslagen, des Verdienstausfalles und der sonstigen persönlichen Aufwendungen einen monatlichen Grundbetrag in Höhe von 200,00 EUR sowie Sitzungsgelder nach Maßgabe des Abs. 2.
- (2) Für die Teilnahme an Stadtratssitzungen und Fraktionssitzungen, die der Vorbereitung von Stadtratssitzungen dienen, erhalten die Ratsmitglieder ein Sitzungsgeld von 15,00 EUR. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf jährlich das Zweifache der Stadtratssitzungen nicht übersteigen. Für die Teilnahme an Ausschusssitzungen erhalten die Ratsmitglieder sowie die sonstigen gewählten Mitglieder der Ausschüsse (§ 44 GemO) ebenfalls ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 EUR.

- (3) Die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration, des Behindertenbeirates und der Jugendvertretung der Stadt Neustadt an der Weinstraße sowie die Mitglieder des Vorstandes des Seniorenbeirates Neustadt an der Weinstraße e.V. erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen der jeweiligen Gremien ein Sitzungsgeld in der jeweiligen Höhe, wie es für die Mitglieder der städtischen Ausschüsse vorgesehen ist. Die Anzahl der Sitzungen für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, wird auf maximal 10 pro Kalenderjahr beschränkt.
- (4) Die Mitglieder der Ortsbeiräte erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Ortsbeirates ein Sitzungsgeld in der jeweiligen Höhe, wie es für die Mitglieder der städtischen Ausschüsse vorgesehen ist.
- (5) Die Mitglieder des Innenstadtbeirates erhalten für die Teilnahme an Sitzungen des Innenstadtbeirates ein Sitzungsgeld in der jeweiligen Höhe, wie es für die Mitglieder der Ortsbeiräte nach Abs. 4 vorgesehen ist. Die/der Vorsitzende des Innenstadteirates erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung sowie Sitzungsgelder, wie es für die Mitglieder des Stadtrates nach Abs. 1 vorgesehen ist.
- (6) Ratsmitgliedern, Mitgliedern von Ausschüssen, des Innenstadtbeirates, des Beirates für Migration und Integration, des Behindertenbeirates, der Jugendvertretung sowie des Vorstandes des Seniorenbeirates und Ortsbeiräten wird ein nachgewiesener Lohnausfall in voller Höhe ersetzt.

Personen, die einen Lohn- oder Verdienstaufschlag nicht geltend machen können, denen aber im häuslichen Bereich ein finanzieller Nachteil entsteht, können auf Antrag einen Ausgleich, höchstens jedoch bis zur Höhe eines zusätzlichen Sitzungsgeldes, erhalten. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht für die Teilnahme an Fraktionssitzungen und Fraktionsveranstaltungen.

- (7) Den Vorsitzenden der im Stadtrat gebildeten Fraktionen wird monatlich zusätzlich eine ihren Aufgaben entsprechende besondere Aufwandsentschädigung gewährt. Sie erhalten einen monatlichen Grundbetrag in Höhe von 200,00 EUR sowie zusätzlich je 15,00 EUR für vier Sitzungen monatlich.
- (8) Für die Kosten, die bei der Geschäftsführung entstehen, wird den Fraktionen monatlich ein Sockelbetrag in Höhe von 205,00 EUR sowie 11,00 EUR für jedes der den Fraktionen angehörende Ratsmitglied erstattet.

§ 8 Entschädigung sonstiger Ehrenbeamter sowie ehrenamtlicher Feuerwehrangehöriger

- (1) Der Stadtfeuerwehrinspekteur erhält monatlich den Betrag, der nach § 10 Abs. 1 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung als Höchstsatz vorgesehen ist (Aufwandsentschädigung und Zuschläge für Stadtteil-Feuerwehren).
- (2) Der ständige Vertreter des Stadtfeuerwehrinspektors erhält monatlich den Betrag, der nach § 10 Abs. 3 i. V. m. § 8 Abs. 2 Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung als Höchstsatz vorgesehen ist (Aufwandsentschädigung und Zuschläge für Stadtteil-Feuerwehren).
- (3) Die Ausbilder erhalten je Ausbildungsstunde die in § 11 Abs. 1 Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung vorgesehene Aufwandsentschädigung.

- (4) Die Einheitsführer der Löschzüge 1, 2, 3, Süd, Lachen-Speyerdorf, Mußbach sowie der Einheitsführer des Gefahrstoffzuges erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 130,00 EUR.

Die Einheitsführer der Löschgruppen Duttweiler, Geinsheim, Gimmeldingen, Haardt und Königsbach, sowie die Einheitsführer des Versorgungszuges und der Facheinheit Information und Kommunikation erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 80,00 EUR.

Der Einheitsführer der Höhengsicherungsgruppe erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 40,00 EUR.

Werden den stellvertretenden Einheitsführern dauerhaft Aufgaben der Einheitsführer zur regelmäßigen Wahrnehmung übertragen, so erhalten die Stellvertreter der Einheitsführer nach Satz 1 eine monatliche Aufwandsentschädigung von 50,00 EUR, die Stellvertreter der Einheitsführer nach Satz 2 eine monatliche Aufwandsentschädigung von 40,00 EUR.

Ändert sich die Aufwandsentschädigung nach § 10 Abs. 2 Feuerwehr- Entschädigungsverordnung, so ändert sich um den gleichen Vomhundertsatz die Aufwandsentschädigung der Einheitsführer bzw. deren Stellvertreter.

- (5) Der Stadtjugendfeuerwehrwart erhält monatlich den Betrag, der nach § 11 Abs. 3 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung vorgesehen ist (Aufwandsentschädigung und Zuschläge für Jugendfeuerwehren). Die Jugendfeuerwehrwarte erhalten monatlich den Betrag, der nach § 11 Abs. 4 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung vorgesehen ist.

Die Feuerwehrangehörigen für Alarm- und Einsatzplanung erhalten den in § 11 Abs. 4 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung vorgesehenen Höchstbetrag der Aufwandsentschädigung. Die Aufwandsentschädigung wird unter den Feuerwehrangehörigen nach Satz 3 anteilig aufgeteilt.

Die Feuerwehrangehörigen für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in gleicher Höhe wie ein Zugführer. Die Aufwandsentschädigung wird unter den Feuerwehrangehörigen nach Satz 5 anteilig aufgeteilt.

- (6) Die Feuerwehrangehörigen erhalten bei nicht kostenpflichtigen Einsätzen 6,00 EUR pro Stunde und bei Brandsicherheitswachen 10,00 EUR pro Stunde.
- (7) Die Feldgeschworenen erhalten für ihre Mitwirkung bei Abmarkungen sowie für die Grenzbezüge eine Entschädigung, die nach Stunden bemessen wird; die Zeiten für die Wegstrecken vom Wohnsitz bis zum Tätigkeitsort und zurück werden berücksichtigt. Die Entschädigung beträgt 10 Euro je Stunde. Angefangene halbe Stunden sind mit der Hälfte des Stundenansatzes zu entschädigen.

§ 9 Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Neustadt an der Weinstraße erfolgen im Amtsblatt der Stadt Neustadt an der Weinstraße.

- (2) Sind Karten, Pläne oder Zeichnungen bekannt zumachen, so werden diese in einem jeweils zu bestimmenden Raum eines Dienstgebäudes der Stadtverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Festarbeitszeit ausgelegt. Der Auslegungszeitraum hat mindestens 7 Werktage zu betragen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen etwas anderes vorsehen. Gegenstand, Ort (Gebäude, Raum) und Zeit der Auslegung sind spätestens am Tage vor der Auslegung in Form des Abs. 1 öffentlich bekannt zumachen.

§ 10 Geschäftsbereich und Zuständigkeit der Ausschüsse

1. Hauptausschuss
 - 1.1 Vorberatung von Angelegenheiten finanzieller Art, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
 - 1.2 Vorberatung aller sonstigen Angelegenheiten, soweit sie nicht von anderen Gemeindeausschüssen bereits abschließend behandelt sind,
 - 1.3 Vorberatung von Grundstücksverkehrsgeschäften, soweit sie die Wertgrenze von 500.000,00 EUR übersteigen sowie Beschlussfassungen über Grundstücksverkehrsgeschäfte mit einer Wertgrenze bis 500.000,00 EUR im Einzelfall einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten.
Die Zuständigkeit über Grundstücksverkehrsgeschäfte mit einer Wertgrenze bis zu 50.000,00 EUR im Einzelfall einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten wird auf den Oberbürgermeister übertragen (Geschäft der laufenden Verwaltung).
 - 1.4 Genehmigung von Vorrangeinräumungen, Rangrücktritten und Pfandfreigaben
 - a) sofern diese bei Verkäufen den Grundstückskaufpreis übersteigen,
 - b) sofern diese bei Erbbaurechten den Betrag von 50.000,00 EUR übersteigen,
 - 1.5 Genehmigung von Bürgschaften für den Wohnungsbau einschließlich Wohnungsbau-darlehen mit einem Wert bis 500.000,00 EUR,
 - 1.6 Verzicht auf die vorläufige Beitreibung von Forderungen der Stadt bis 500.000,00 EUR,
 - 1.7 Erlass von Forderungen bis 50.000,00 EUR im Einzelfall,
 - 1.8 Zustimmung zu Vergleichsangeboten, soweit dabei im Einzelfall auf einen Betrag bis höchstens 50.000,00 EUR verzichtet werden soll,
 - 1.9 Vergabe aller Lieferungs- und Leistungsaufträge (auch Baumaßnahmen) bis 500.000,00 EUR, soweit dafür Haushaltsmittel durch den Stadtrat bereitgestellt sind,
 - 1.10 Abschluss von langfristigen Miet-, Pacht- und Nutzungsverträgen für Grundstücke und Gebäude, wenn dem Vertrag eine besondere Bedeutung zukommt, oder bei bebauten Grundstücken, mit Ausnahme von Wohnungsmietverträgen für natürliche Personen zum Eigenbedarf, wenn die Laufzeit mehr als 5 Jahre beträgt,

- 1.11 Beschlussfassung über die in § 32 Abs. 2 Ziffer 11 und 12 GemO bezeichneten Angelegenheiten bis zu nachfolgend festgelegten Wertgrenzen:
 - a. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 100.000 EUR im Einzelfall (§ 32 Abs. 2 Nr. 11 GemO).
Die Zuständigkeit über die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben bis zu 30.000,00 EUR im Einzelfall wird auf den Oberbürgermeister übertragen (Geschäft der laufenden Verwaltung).
 - b. Genehmigung von Verträgen der Stadt mit dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und den Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 100.000,00 EUR (§ 32 Abs. 2 Nr. 12 GemO),
- 1.12 Beschlussfassung über alle nach der Gemeindeordnung zustimmungsbedürftigen Personalentscheidungen,
- 1.13 Durchführung der Anhörung gemäß den §§ 12 Absätze 2 der Gesellschaftsverträge von Stadtwerke GmbH und Tourist, Kongress und Saalbau GmbH für die Fälle, in denen es eine entsprechende Beschlusskompetenz des Hauptausschusses in den vorstehenden Ziffern gibt.

2. Ausschuss für Bau, Planung und Verkehr

- 2.1 Vorberatung von Maßnahmen des Planungs-, Verkehrsplanungs-, Bau- und Wohnungswesens sowie des ÖPNV, soweit sie der Stadtrat zu entscheiden hat,
- 2.2 Beschlussfassung über alle sonstigen Angelegenheiten dieses Aufgabengebietes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- 2.3 Zurückstellungen von Baugesuchen gemäß § 15 BauGB, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- 2.4 Anhörung der Gemeinde gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 BauGB für Vorhaben nach §§ 31, 33 bis 35 BauGB; bei Vorhaben nach § 31 Abs. 2 und § 34 BauGB, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- 2.5 Anhörung der Gemeinde bei Ausnahmen von Veränderungssperren gem. § 14 Abs. 2 BauGB,
- 2.6 Ausschreibung von Wettbewerben.

Kein Geschäft der laufenden Verwaltung liegt vor:

Bei Vorhaben nach § 31 Abs. 2 BauGB, sofern die Unterschriften der durch die Befreiung betroffenen Nachbarn nicht alle vorliegen oder es mehr als zwei Vollgeschosse aufweise.

Bei Vorhaben nach § 34 BauGB, wenn das Vorhaben mehr als zwei Vollgeschosse aufweist und sich nicht hinsichtlich Art und Maß der baulichen Nutzung in die vorhandene Bausubstanz einfügt.

3. Ausschuss für Umwelt und Naturschutz

Der Ausschuss ist zuständig für alle Umweltfragen. Er soll zu jedem Umweltproblem gehört werden und kann Empfehlungen aussprechen.

4. Die bisherige Zuständigkeit der übrigen Ausschüsse bleibt unberührt.

§ 11 Übertragung von Aufgaben des Stadtrates auf den Oberbürgermeister

Dem Oberbürgermeister wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:

Aufnahme von Darlehen für die im Haushaltsplan eine Ermächtigung vorhanden ist und Zustimmung der Darlehensaufnahme gemäß § 89 GemO.

§ 12 Schlussbestimmungen

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten die Hauptsatzung der Stadt Neustadt an der Weinstraße vom 09. Juli 1969, zuletzt geändert am 07. März 1974 und die Satzung der Gemeinde Duttweiler über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen, Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters und der Beigeordneten, Entschädigung der Feldgeschworenen, Gemeindeausschüsse vom 24. März 1965, außer Kraft.

Neustadt an der Weinstraße, den 14. März 1974
STADTVERWALTUNG

Dr. Brix
Oberbürgermeister